

Die USA ändern ihren Kurs gegenüber dem globalen Süden, aber nur, um ihre Vorherrschaft zu behalten

11. September 2023 | M.K. Bhadrakumar

Ein vermeintlicher Kompromiss in der Ukraine-Frage und eine rasche Abfolge von Vereinbarungen mit anderen G20-Mitgliedern zeigen, dass Washington das Forum als wichtig ansieht.

Die Auswirkungen des G20-Gipfels, der am 9. und 10. September in Neu-Delhi stattfand, sind an dem Konsens zu messen, der in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine erzielt wurde.

Ein solches Ergebnis wird weithin als bemerkenswerte Leistung anerkannt, die vor allem durch ein vermeintliches Einlenken der USA und des westlichen Blocks möglich wurde. Dies hat enorme Auswirkungen auf die internationale Politik.

Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch auch eine spannende Frage: Bedeuten die drei Sätze der [Erklärung von Delhi](#) zur Ukraine, die die russische Position in dem Konflikt begünstigen, eine Änderung der westlichen Herangehensweise an die Feindseligkeiten, und geben sie Kiew einen gewissen Anstoß zu verhandeln?

In der Tat erleben wir eine merkwürdige Konstellation: Sowohl Russland als auch die USA haben die G20-Erklärung gelobt, während die Ukraine sich darüber beklagte, dass sie „nichts sei, worauf man stolz sein könne“.

Sowohl im Vorfeld des Gipfels in Delhi als auch während der Veranstaltung war nichts von dem Russland-Bashing oder den künstlichen Gefühlsausbrüchen der westlichen Staats- und Regierungschefs zu spüren, zu denen sie gewöhnlich neigen. Selbst die EU-Superbürokratin Ursula von der Leyen war die personifizierte Geduld – wie auf ein Stichwort aus Washington. Da kommt einem die seltsame Begebenheit aus der berühmten Sherlock-Holmes-Geschichte in den Sinn: „Der Hund hat in der Nacht nichts getan.“

Dieser Trend war bereits während des untypischen zweitägigen Besuchs von US-Außenminister Antony Blinken in Kiew am vergangenen Mittwoch und dem [Briefing](#) des nationalen Sicherheitsberaters des Weißen Hauses, Jake Sullivan, an Bord der Air Force One am nächsten Tag über den bevorstehenden Aufenthalt von Präsident Joe Biden in Delhi anlässlich des G20-Gipfels erkennbar.

Das Weiße Haus hatte vielleicht schon früher, am 22. August, einen bedeutsamen Hinweis gegeben, als es in seiner Erklärung zur Ankündigung von Bidens Besuch in Indien betonte, dass „Präsident Biden während seines Aufenthalts in Neu-Delhi auch Premierminister Modis Führung der G20 loben und das Engagement der USA für die G20 als wichtigstes Forum der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bekräftigen wird, unter anderem durch die Ausrichtung der G20 im Jahr 2026“.

Es steht außer Frage, dass die USA wollten, dass der G20-Gipfel ein großer Erfolg wird – und dass der indische Premierminister Narendra Modi als Anführer der Gruppe auf der geopolitischen Bühne „ermächtigt“ wird –, als sich herausstellte, dass Biden während seines viertägigen Besuchs in Delhi keine gleichrangige Gruppe hatte, die um den Platz bei dem Treffen konkurrierte.

Der Punkt ist, dass die G20 in dem sich rasch verändernden internationalen Umfeld im Kalkül der USA unerwartet als das einzige Forum [aufgetaucht ist](#), das dem Westen (den Mitgliedern der G7) heute zur Verfügung steht, um (wieder) Verbindungen mit China und Russland sowie dem globalen Süden herzustellen. Als die BRICS in riesigen Sprüngen zu wachsen begannen, schwebte plötzlich das Schreckgespenst des Aussterbens über dem Forum.

Ein Kennzeichen des Gipfels in Delhi ist, dass die amerikanische Diplomatie mit der BRICS-Troika – Indien, Brasilien und Südafrika – [Hand in Hand ging](#). Das Familienfoto der Troika, flankiert von Biden auf der linken und Weltbankpräsident Ajay Banga auf der rechten Seite, verdeutlichte diese Politik.

Man darf sich nicht täuschen lassen, dass die USA eine kühne Kurskorrektur in ihrer Annäherung an den globalen Süden, insbesondere an Afrika, vornehmen, die in der geopolitischen Realität der wachsenden Herausforderung durch China und Russland verankert ist, die danach streben, diesen geopolitischen Raum zu monopolisieren. Die in letzter Zeit einsetzenden anti-kolonialen Bestrebungen in Afrika lassen angesichts ihrer tiefgreifenden Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Wohlstand Europas ebenfalls Schlimmes ahnen.

So zeichnet sich in rascher Folge ein Muster des „neuen Denkens“ ab:

- die [umfassende strategische Partnerschaft zwischen den USA und Vietnam](#) zum Zwecke des Friedens, der Zusammenarbeit und der nachhaltigen Entwicklung;
- der neue Wirtschaftskorridor Indien-Mittlerer Osten-Europa ([hier](#) und [hier](#));
- die [Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen](#) (bestehend aus den USA, der EU, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Japan, Mauritius, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und der Weltbank);
- der [Lobito-Korridor](#); (Hafen in Angola plus Eisenbahn nach DR Kongo)
- „die neue Initiative mit den G20-Partnern zur grundlegenden [Umgestaltung und Vergrößerung der Weltbank](#), um Armutsbekämpfung und integratives Wirtschaftswachstum effektiver zu gestalten.“



All dies geschah in einem Zeitraum von 48 bis 72 Stunden.

Das Gefühl der Dringlichkeit ist deutlich spürbar. Die Botschaft könnte nicht lauter sein: **Die USA streben eine Führungsrolle in der Zusammenarbeit mit dem globalen Süden an, und in diesem Paradigmenwechsel sieht Biden in Modi einen wichtigen Verbündeten.**

Natürlich ist dies nur möglich geworden, weil Delhi in den letzten Monaten seine Bereitschaft signalisiert hat, die strategische Partnerschaft mit den USA als globalem Verbündeten zu beschleunigen und zu festigen. Dies war zumindest teilweise eine Folge der Spannungen zwischen Indien und China und eine direkte Konsequenz der indischen Einschätzung, dass die indo-pazifische Strategie

der Regierung Biden doch real ist und dass sie das Potenzial hat, den indischen Interessen zu dienen, ohne auf Konfrontation mit China zu gehen.

Wenn man bedenkt, wie viel bei der Einführung dieses neuen außenpolitischen Ansatzes, der die Beziehungen der USA zum globalen Süden verbessern soll, auf dem Spiel steht, ist es nicht weiter schlimm, dass Biden die Ukraine bei den Verhandlungen über die G20-Erklärung übergangen hat. Er hat einen Weg eröffnet, auf dem Taktik und Strategie im Sinne von Washingtons Kerninteressen zusammenfinden können.

Bedenken Sie Folgendes:

- Die Ukraine war die ganze Zeit ein anspruchsvoller Partner, und alle guten Dinge müssen ein Ende haben. Die Ukraine kann und sollte nicht die außenpolitischen Prioritäten der USA diktieren.
- Zweifellos ist die seit drei Monaten andauernde „Gegenoffensive“ Kiews in industriellem Ausmaß gescheitert: Nach Schätzungen des ukrainisch gesinnten Westens sind in dem Konflikt bisher rund 70.000 Menschen getötet worden. Die Verantwortung dafür – moralisch und politisch – liegt größtenteils bei den USA, was sich nicht länger vor dem Weltgewissen verbergen lässt.
- In der Zwischenzeit haben die NATO-Staaten den Boden ihrer Waffenbestände ausgekratzt. Eine weitere Verfolgung des Weges auf der Jagd nach unausgegorenen Illusionen ist vergeblich und sinnlos und würde die indopazifische Strategie, die das globale strategische Gleichgewicht beeinflussen kann, nur tödlich verletzen.
- Die sich abzeichnende russische Offensive muss irgendwie aufgehalten werden, da ihre unvermeidliche Folge die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine sein wird – die endgültige Vertreibung der NATO von ukrainischem Boden und die Beseitigung der gegenwärtigen, äußerst feindseligen Machtstruktur in Kiew, die als Stellvertreter der USA und der NATO dient.
- Die oberste Priorität besteht daher heute darin, den Ukraine-Konflikt in der gegenwärtigen Phase einzufrieren, in der es Russland noch nicht gelungen ist, seine ursprünglichen Ziele – die vollständige Kontrolle über den Donbass und die „Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ der Ukraine – zu erreichen und die künftige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern. Andererseits hat das westliche Bündnis immer noch die Möglichkeit, mit Kiew über die noch nicht abgeschlossenen Kriegshandlungen unter dem Gesichtspunkt der europäischen Sicherheit zu verhandeln.

Diese Überlegungen waren der Anlass für die untypische, unangekündigte zweitägige Reise von Blinken nach Kiew am 6. und 7. September, um Bidens doppelte Botschaft zu übermitteln: Während Washington die Ukraine weiterhin militärisch stärken wird, muss Kiew den Dialog mit Moskau aufnehmen – ganz im Sinne des amerikanischen Rätsels „Nichts ohne die Ukraine“.

Zweifellos ist dies eine bittere Pille, die das Regime in Kiew zu schlucken hat, das sich die haarsträubenden Vorstellungen vom militärischen Sieg über Russland abgewöhnen muss. Aber was ist die Alternative? Die Ukraine ist nichts anderes als ein Dauerinsasse auf der Intensivstation der amerikanischen Palliativmedizin und die russische Offensive wird ihren Erstickungstod bedeuten.

Das alles muss doch eine Lehre für die G20-Troika, die BRICS und den globalen Süden sein. Biden hat begonnen, mit harten Bandagen zu kämpfen, um die Wahl 2024 zu gewinnen.